

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

5.2.1909 (No. 35)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. Februar

No 35

1909

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofelbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 28. Januar 1909 wurde dem Aktuar Germann Lauppe beim Bezirksamt Mühlheim die etatsmäßige Amtsstelle eines Aktuars dajelbst übertragen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 31. Januar 1909 wurde der etatsmäßige Aktuar Karl Hebeisen, zurzeit beurlaubt, auf Ansuchen aus dem staatlichen Dienst entlassen.

Nicht-Amtlicher Teil.

III. ord. Tagung der Landwirtschaftskammer.

A Karlsruhe, 3. Februar.

II.

Der Minister des Innern Freiherr von Bodman erklärte hierauf: Wenn ich um das Wort gebeten habe, so ist das nur geschehen, weil Bezug genommen wurde auf die Stellung der Regierung zu der Finanzierung der Kammer. Ob sie eine Umlage erheben will, das ist ihre Sache, die Regierung hat da nicht hinein zu reden. Die Kammer ist ein Organ der Selbstverwaltung, die ihre Interessen selber wahrnehmen soll und dieser Vertretung hat das Gesetz die Befugnis zur Umlagerhebung gegeben. Selbst eine Mitwirkung, eine Genehmigung durch die Regierung ist nur vorgesehen, wenn die Umlage eine gewisse Höhe übersteigt. Ich werde deshalb weder für noch gegen die Umlage mich aussprechen. Ich muß aber auf die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Kammer hinweisen. Das Gesetz bestimmt, daß die Kammer Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft treffen kann, daß sie aber die Kosten dieser Einrichtungen selbst zu betreiben hat, aus ihrem Vermögen oder durch Umlage. Deshalb mußte ich, als die Kammer Mittel erbat zur Veranstaltung eines Vortragskurses, einer Preisnotierung usw. mich fragen, ob es überhaupt zulässig sei, Staatsmittel dafür zu bewilligen. Ich habe meine Bedenken nur überwunden durch die Ermägung, daß die Kammer, um ihren Befähigungsnachweis zu erbringen und die Zustimmung ihrer Mitglieder zur Umlage zu erlangen, etwas leisten muß, ohne Mittel aber nichts leisten kann, und daß man ihr deshalb für das erste Jahr ihres Bestehens, um einen Anfang ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, beistimmen müsse. Für die Dauer ist dies aber nicht angängig und es ist deshalb auch nicht gerechtfertigt, daß die Kammer in ihren Voranschlag als Staatszuschuß die Summe von 35 000 M. eingestellt hat, während im Staatsvoranschlag nur 27 500 M. für die Errichtung und Tätigkeit der Kammer, d. h. für ihre Verwaltungskosten, eingestellt sind. Wenn gesagt worden ist, man solle die Regierung zwingen, der Landwirtschaftskammer mindestens einen Teil der Mittel zu überweisen, die für Förderung der Landwirtschaft im Budget bewilligt seien, so muß ich darauf hinweisen, daß dies nur möglich sein würde durch Herbeiführung einer Verringerung des Gesetzes. Einer Lösung würde ich mich widersetzen müssen, da ich es nicht für gerechtfertigt halten könnte, daß die Vertretung eines einzelnen Standes über Mittel verfügt, die von der Gesamtheit der Steuerzahler, also von allen Ständen, bewilligt sind. Die Verfügung hierüber muß vielmehr in den Händen der Regierung bleiben.

Der Direktor der Kammer, Dr. Müller, dankt für das Vertrauen, das ihm durch die Wahl entgegengebracht worden sei. Er werde sich bemühen, dasselbe zu rechtfertigen. Bei der Umlagefrage handle es sich tatsächlich um eine Lebensfrage der Kammer. Prinzipiell seien ja auch alle Mitglieder Anhänger einer Umlage. Der Voranschlag sei in seinen einzelnen Positionen auch in den Sachverständigenausschüssen eingehend geprüft worden. Man müsse vor allem vermeiden, in einigen Jahren wieder vor die Notwendigkeit gesetzt zu werden, auf eine Erhöhung der Umlage hinzuwirken. Durch die jetzt vorgeschlagene Umlage würden die großen Massen kaum betroffen.

Es entsteht hier eine ziemlich ausgedehnte und zum Teil scharf pointierte Geschäftsordnungsdebatte, die Freiherr von Sickingen durch die Frage anschnidet, ob es nach der Geschäftsordnung zulässig sei, daß der Direktor, der ein Beamter der Kammer sei, das Wort in der Debatte ergreife.

Bürgermeister Sanger erklärte, daß man es im Vorstand als selbstverständlich angesehen habe, daß auch der Direktor das Wort ergreifen dürfe; er bitte in diesem Sinne jetzt zu beschließen.

Minister Freiherr von Bodman: Nach der Geschäftsordnung kann der Direktor das Wort nicht ergreifen. Die Kammer kann aber beschließen, daß dem Direktor das Wort zu erteilen sei. Sie kann auch die Geschäftsordnung ändern.

Schließlich wurde ein Antrag angenommen, daß die Geschäftsordnungskommission sich mit dieser Frage beschäftigen und in der nächsten Tagung Vorschläge mache. Dem Direktor Dr. Müller wird durch den Vorsitzenden versichert, daß diese ganze unliebliche Angelegenheit durchaus kein Mißtrauen irgend welcher Art involviere, worauf auch v. Sickingen erklärt, daß es sich bei ihm nicht um die Person, sondern lediglich um die Bestimmung der Geschäftsordnung gehandelt habe.

Es wird sodann um die Umlage weiter debattiert. Goppert-Wühl erklärt, daß er im Namen des Hauptvorstandes des Obstbauvereins für die Umlage stimmen werde, wenn er auch persönlich der Ansicht sei, daß man noch zuzuwarten könne.

Die Abstimmung ergibt, wie gemeldet, die Annahme des Antrags 16 mit 24 gegen 16 Stimmen.

Um 2 Uhr tritt Vertagung bis nachmittags halb 5 Uhr ein.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Beratung des Voranschlags. Eingestellt sind u. a. 2000 M. für Veranstaltung von Versammlungen in den Bezirken, und zwar sind hierbei die Wahlbezirke in Aussicht genommen, in denen Wünsche und Anregungen der Land- und Forstwirte des Wahlbezirks entgegengenommen werden sollen. — Schüler meint, diese Berichterstattung sei Aufgabe der Vertreter, wobei Kosten nicht in Betracht kämen. Direktor Niehm hält eine Aufklärung der Landwirtschaft in bezug auf die Tätigkeit der Kammer für wünschenswert, und zwar neben der Berichterstattung der Kammermitglieder. Landwirtschaftsinspektor Viehauer gibt die Anregung, die Regierung möge veranlassen, daß die Landwirtschaftslehrer den Verhandlungen der Landwirtschaftskammer amhätten, um im Volke Aufklärung zu geben. Dem wird entgegengehalten, daß das Studieren des stenographischen Berichts denselben Zweck erreiche. Nach längerer Debatte werden die angeforderten 2000 M. gestrichen.

Für eine Preisnotierungseinrichtung werden debattellos 2100 M. bewilligt.

Direktor Dr. Müller begründet die Einstellung von 4000 M. zur Einrichtung eines landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises, wobei es sich um die Sammlung des Angebotes landwirtschaftlicher Arbeiter und Dienstboten, wie um deren Zuführung zu den offenen Stellen handelt. Freiherr v. Sickingen: An der Leutenotfrage dürfe die Kammer nicht stillschweigend vorübergehen; mit dem Arbeitsnachweis werde zwar nicht viel erreicht werden. Die Anforderung von 4000 M. sei nicht spezialisiert, und er meinte, daß für den Versuch 1000 M. genügen, und beantrage er, die Herabsetzung auf 1000 M. Es entsteht hierbei eine lebhafte Debatte über die Leutenot; wolle man derselben abhelfen, so müsse man den Arbeitsnachweis auch genügend ausstatten. Die Position wird angenommen.

Zu einer lebhaften Debatte führt die Position 6, „Errichtung einer Haftpflichtversicherungsanstalt, 3000 M.“ Ratsschreiber Grimm begründet den Antrag: Uebernahme der Haftpflichtversicherung durch die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung. Die Position wird angenommen.

Für die Prämierung von landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeitern werden 2000 M. in das Budget eingestellt. Landwirtschaftsinspektor Viehauer hat zu dieser Position die Anregung gegeben und möchte bitten, die Summe um 1000 M. zu erhöhen. Morgenthaler stellt den Antrag, diese Position zu streichen, da es Aufgabe der Regierung sei, die Prämierung der Dienstboten, und zwar aller, in die Hand zu nehmen. Götlicher bekämpft diesen Antrag; für die Prämierung der ländlichen Dienstboten brauche man sich nicht ins Zeug zu werfen. Er sei im Gegenteil für eine Erhöhung der vorgeschlagenen Summe. Geh. Oberregierungsrat Nebe macht darauf aufmerksam, daß auch von Verleihung von Medaillen am Band gesprochen worden sei; dem gegenüber sei doch zu bemerken, daß das Recht der Verleihung von Medaillen nur dem Landesherren zusteht.

Um halb 7 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr.

III. Karlsruhe, 4. Februar.

Der Präsident, Prinz zu Löwenstein, eröffnet um 9 Uhr die Sitzung und wird in der Beratung des Voranschlags fortgefahren. Zuchtsinspektor Müller begründet die Anforderung von 3000 M. und stellt folgenden Antrag: „Die Landwirtschaftskammer wolle ihren Beitritt zu der in Frankfurt a. M. von den Landwirtschaftskammern für Hannover, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Sachsen, Rheinprovinz, Westfalen, Großherzogtum Hessen, dem bayerischen Landwirtschaftsrat und der Zentrale für Viehverwertung gemeinsam errichteten Geschäftsstelle für Schlachtviehverkauf erklären und sich die dortige Einrichtung zunutzen zu machen suchen, jedoch von der Einrichtung eigener Veranstaltungen zur Viehverwertung in anderen Städten vorerst Abstand nehmen.“ Im Anschluß wird ferner beantragt: „Die Landwirtschaftskammer wolle sich an die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen wegen Verbesserung der Viehförderung auf der Eisenbahn, namentlich der Förderung von Schweinen im Sommer wenden. Als besonders mißständig ist die gänzliche Abschließung der Wagen und deren lange Dauer beim Passieren der auf schweizerischem Gebiete liegenden Bahnhaltungen zu bezeichnen.“ Direktor Niehm befragt die Erhöhung der Position von 3000 auf 5000 M., um die Viehverwertungsgenossenschaft noch weiter zu fördern, doch zieht er denselben wieder zurück, da die Stimmung für denselben eine geringe ist. Nach kurzen Bemerkungen wird die Position mit 24 Stimmen genehmigt.

Zuchtsinspektor Müller begründet die Einstellung von 11 000 M. für Veranstaltung von Stallhauern. Weiterhin wird beantragt: „Die Landwirtschaftskammer wolle für den Fall der Umlagerhebung die probeweise Durchführung der Durchführung, sowie die Aufstellung des Schaulanes soll der Ausschuß II für Tierzucht gehört werden.“

Oekonomierat Schmidt sowie Viehaupte können sich für die Stallhau nicht begeistern und beantragen Streichung der Position. Stichproben von Stallhauern könnten ja vorgenommen werden durch die Farenschaukommission. Man müsse auch betonen, daß wir in der Viehzucht nicht auf der wünschenswerten Höhe stünden.

Oberregierungsrat Gafner gibt dies zu, doch sei dies vor allem darauf zurückzuführen, daß zu viel gutes Vieh verkauft werden müsse.

Begleitartzt Frank tritt gleichfalls für Streichung ein, beantragt aber Einstellung von 10 000 M. für Förderung der Rindviehzucht, Schweine- und Viehzucht.

Morgenthaler hält es für richtig, wenn die Landwirtschaftskammer die Regierung ersuche, sie möge die Farenschau-

kommission beauftragen, probeweise Erhebungen in den Stallungen zu machen.

Oekonomierat Frank tritt für den Antrag des Tierarztes Frank ein, der schließlich angenommen wird.

Der Ausschuß für Geflügel-, Bienen- und Fischzucht beantragt: „Die Landwirtschaftskammer wolle in den Voranschlag zur Hebung der Nutzgeflügelzucht den Betrag von 1000 M. einstellen.“ Es wird dabei der Wunsch ausgesprochen, daß auf diesem Gebiete die badischen Geflügelzuchtvereine zur Mitarbeit herangezogen werden möchten. Dem Antrag wird mit 27 Stimmen zugestimmt.

Weiter stellte der gleiche Ausschuß III den Antrag: „Für die Hebung der heimischen Bienenzucht, insbesondere für die Bekämpfung der Faulbrutpest, im Verein mit dem badischen Landesverein für Bienenzucht, den Betrag von 1000 M. einstellen.“

Geh. Oberregierungsrat Nebe führt aus, daß die Regierung die Bestrebungen des Landesvereins für Bienenzucht anerkenne und auch mit erheblichen Geldmitteln unterstützt habe, so im letzten Jahre mit 1500 M. Mit 26 Stimmen wird der Ausschußantrag angenommen.

Direktor Dr. Müller begründet die Einstellung von 2000 M. zur Errichtung von Saatbaustellen und Saatgutvermittlung. Es solle vornehmlich die einheimische Saatgut gefördert werden.

Freiherr v. Menzingen beantragt Streichung der Position, da man mit derselben hinter dem Staatsvoranschlag herlaufe und die staatlichen Unternehmungen auf diesem Gebiete durchkreuze.

Nachdem Viehauer und Kober nochmals die Position befürwortet, wird dieselbe mit großer Mehrheit genehmigt.

Weiter werden in den Voranschlag die Einstellung von 1000 M. zur Förderung des Gerste- und Hopfenanbaues durch alljährliche Veranstaltung einer Besichtigung größerer Ausstellungen vorgeschlagen.

Oekonomierat Frank hält die Besichtigung der Berliner Ausstellungen nicht für besonders nützlich und empfiehlt die Besichtigung der Ausstellung in Augustenberg.

Bürgermeister Bierneisel möchte die Besichtigung der Berliner Ausstellung nicht wissen, da auch von Baden viel Gerste nach dem Norden ausgeführt werde.

Der Antrag wird abgelehnt und ein Antrag, 500 M. dafür einzustellen, nahezu einstimmig angenommen.

Für Förderung der Anlage von Wiesen und dauernden Futterweiden durch a) Beratung über die Anlage im allgemeinen, insbesondere über Saatgutmischungen, b) Prämierung von Anlagen, die unter bestimmten Voraussetzungen ausgeführt worden sind, werden 2500 M. eingesetzt, für Förderung des sonstigen Pflanzenbaues, insbesondere des Handelsgewächsbauens 1500 M. und zur Förderung des Tabakbaues 500 M. Es entspinnt sich hierbei eine kurze Debatte über die Tabaksteuer und wird die Regierung gebeten, im Bundesrat für Erhöhung des Tabakzolls einzutreten. Die Positionen werden einstimmig angenommen.

Goppert begründet die Einstellung von 2000 M. für Veranstaltung von Obstmärkten und 4000 M. für sonstige Maßnahmen zur Förderung des Obstbaues, welche bestehen sollen in Durchführung des Meliorationsverfahrens und Beschaffung von Edelreißern, Abhaltung von Vorträgen über Einernung, Sortierung und Verpackung für badisches Tafelobst, Veranstaltung von Obstmärkten und Beschaffung von größeren Ausstellungen. Die Positionen werden debattellos genehmigt.

Weiter werden genehmigt 5000 M. für den Weinbau. Die Mittel sollen hauptsächlich Verwendung finden für Beschaffung von Mutterweiberanlagen, Prämierung richtig verjüngter Nebanlagen; Schaffung von Rebschulen zur Heranziehung von Wurzelreben, Einführung von Weinproben-Ausstellungen, gemeinsame Beschaffung von Bekämpfungsmitteln für Rebschädlinge und Schädlinge, Belehrung der Winzer durch öffentliche Vorträge; Anbauung bewährter Sorten.

Gaufner hofft, daß im Verlauf der Jahre die eingestellte Summe erhöht werde. Bei den Nebfraktionen sollte man nicht mit großen Strafen vorgehen. Auf dem Gebiete der Reklame dürfte auch für den Wein mehr getan werden durch Einführung von Probetagen.

Für Gemüse- und Gartenbau werden 2000 M. angenommen. Darauf wird die Sitzung nach 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Die Nachlaststeuer.

(Telegramm.)

Berlin, 4. Febr. Finanzkommission des Reichstags. Bei der Beratung des Nachlaststeuergesetzes erklärte Staatssekretär von Sydow entgegen den Auffassungen der Presse, daß die Regierung nach wie vor an ihrer Vorlage als der einzig möglichen Lösung festhalte, da es gerecht und billig sei, neben dem Verbrauch auch den Besitz zu besteuern. Ein Ersatz durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge sei zu verwerfen wegen der damit verbundenen Gefährdung der Finanzlage der Einzelstaaten. Auch gegen die Einführung einer Vermögenssteuer bestehen die gleichen Bedenken, da hiermit die wichtigste Steuerquelle für die Einzelstaaten abgeschnitten würde. Abgesehen davon sei es bei der Verschiedenheit der Verhältnisse der Finanzen der Einzelstaaten kaum möglich, einen einheitlichen Maßstab zu fin-

den. Es wäre darum bedenklich, in die Finanzhoheit der Einzelstaaten einzugreifen. Finanzminister Rheinbaben trat nochmals entschieden für die Regierungsvorlage ein. Die von konservativer Seite befürworteten erhöhten Matrifularbeiträge auf kurze Zeit seien von der Hand zu weisen, da die Gefahr besteht, daß sie zu einer dauernden Einrichtung werden und dadurch sich die Finanzen der Einzelstaaten nur noch ungünstiger gestalten. Die Einzelstaaten seien am Ende ihrer finanziellen Kräfte angelangt. Die Einwirkung der Vorlage auf die Deszendenten und Ehegatten im ländlichen Grundbesitz ist nicht gefährlich. Vier Fünftel des ländlichen Besitzes bleiben überhaupt von der Steuer frei. Bei einem Grundstück mit 8000 M. Reinertrag, 100 000 M. Schulden und 200 000 M. Wert beträgt die Steuer 400 M. Dem Erben, der dann von dem Rentenertragsrecht Gebrauch macht, würden jährlich nur 35,32 M. zur Last fallen. Schatzsekretär Sydow wies nach, daß die Nachlasssteuer weder gegen Artikel 35 noch gegen Artikel 70 der Reichsverfassung verstöße und von allen Besitzsteuern die schonendste sei.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 4. Februar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstische Staatssekretär von Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern. Zum Titel: Gehalt des Staatssekretärs liegen 10 Resolutionen vor.

Abg. Trimborn (Zentr.) begründet die von seiner Partei eingebrachte Resolution und verlangt Ausdehnung der Konzessionspflicht für den Flaschenbierhandel. Ebenso sei ein Verbot der Abonnementsversicherung durch Zeitungsunternehmer zu erlassen. Die regelmäßige Dauer der Arbeitszeit in der Gußeisenindustrie sollte auf höchstens 10 Stunden festgesetzt werden. Nötig sei die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die vor dem Feuer beschäftigten Arbeiter und tunlichstes Verbot der Sonntagsarbeit. Die Heberarbeit müsse auf das geringste Maß beschränkt werden. Die Vorschriften über die hygienische Beschaffenheit des Arbeitsraumes sollte verschärft werden. Für die Reform des Rentenversicherungswesens wäre es erwünscht, das Verhältnis zwischen Ärzten und Kassen gesetzlich zu regeln. Die Verhältniswahl müßte obligatorisch festgesetzt werden. Nötig wäre es in die Unfall- und Invaliditätsversicherung auch die Heimarbeiter einzubeziehen. Der Resolution der Sozialdemokraten stimmen wir im allgemeinen zu, die allgemeine Einführung des Achttundentages lehnen wir jedoch ab. Interessant wäre es zu erfahren, wie weit die Vorarbeiten zur Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes gediehen sind u. wie es mit dem im vor. Jahre angenommenen nationalliberalen Antrage auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine steht. Am dringendsten notwendig ist die Verbesserung der Privatangestellten, zumal in letzter Zeit erhebliche Verstöße gegen die Koalitionsfreiheit der Privatangestellten seitens einzelner Großindustrieller unternehmen worden sind. Wir verurteilen diese Knebelung der Privatbeamten aufs entschiedenste.

Abg. Wassermann (ntl.) begann mit anerkennenden Worten für die Tätigkeit des Staatssekretärs und fuhr dann fort: Meine Partei verlangt die Einstellung von Mitteln für den Ausbau des Handwerkes. Der Resolution des Zentrums auf Einführung der obligatorischen Verhältniswahl im Kassenwesen stimmen wir zu. Die Verzeiträume sind bedenkliche Erscheinungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung.

Die nationalen Streitigkeiten in Böhmen.

(Telegramm.)

Wien, 3. Febr. Abgeordnetenhaus. Nach Mitteilung des Gesandten über den Sprachenparagraphen in Böhmen hielt der Ministerpräsident Freiherr v. Wienert, beständig vom Lärmen der Tschechisch-Abdialen unterbrochen, etwa folgende Rede: Wir stehen an einem überaus ernsten Wendepunkt. Es muß sich entscheiden, ob der nationale Zwist in Böhmen sich wie eine ewige Krankheit fortzuschleppen soll, oder ob wir seiner wenigstens soweit Herr werden können, daß eine ungehörte Verwaltung und ein dauerndes, erspriehliches Zusammenarbeiten der Parteien in Parlament und Regierung ermöglicht wird. In der Ueberzeugung, daß nur das Geseh den Frieden bringen kann und daß die Klarheit und Unzweideutigkeit eines Gesetzes an die Stelle schwankender Verordnungen und willkürlicher Interpretationen treten muß, ruft die Regierung die Gesetzgebung als unanfechtbaren Schiedsrichter auf, indem sie zunächst eine Begrenzung des strittigen Stoffgebietes dadurch versuchte, daß sie das allerdingendste herausgriff, das zugleich das allerreife ist; denn die Fragen, um die es sich in den vorgelegten Gesetzentwürfen handelt, sind zur Entscheidung wirklich reif. Es gibt keine unvereinbaren Gegensätze mehr, es bedarf nur des Mutes zum Frieden, um dieses ersehnte Ziel zu erreichen. Die durch Gesetze angebahnte Regelung wird unter allen Umständen besser sein, als die bisherige Regellostigkeit inmitten einer von Gefahren immer noch nicht freien internationalen Lage. Angesichts der großartigen, von der Bevölkerung schärflich erwarteten gesetzgeberischen Aufgaben brauchen wir heute mehr denn je die Zusammenfassung aller erhaltenden und schaffenden Kräfte im Parlament, die am sichersten erreichbar werden würde durch die unmittelbare Mitwirkung der Parteien an der Regierung. Es ist klar, daß die parlamentarischen Parteien, die durch die Herstellung des nationalen Friedens sich so große Verdienste erworben haben, auch ihren Anspruch auf unmittelbare Mitbestimmung des Staatswillens begründet haben.

Wird dieser Erfolg erreicht, so wird er diesem Hause des allgemeinen Wahlrechts zur Ehre, den österreichischen Völkern zum Nutzen und dem Vaterlande zum Segen gereichen! (Lebh. Beifall.) Die Tschechisch-Abdialen empfangen den Ministerpräsidenten mit den Worten „Abzug Wienert“. Während seiner Rede verübten sie durch Schreien und Pfeifen einen unaufhörlichen Lärm. — Hoc kündete fortgesetzt auf einer Fahrradglocke. Lish setzte eine Schnarre in Bewegung. Die Christlich-Sozialen nahmen die Rede mit Beifallsfundebungen auf. Adzag und Kirchmahr beantragten sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Sitzung wurde darauf behufs Eintragung der Redner in die Rednerliste eine halbe Stunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung protestierte Hoc, Kro und Stransky-Brünn gegen die sofortige Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten und beantragten Fortsetzung der Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge. Der Präsident bezieht sich auf den einstimmigen Beschluß des Hauses. Seit protestierte gegen diese Auffassung, erklärte sich aber im Interesse der Wichtigkeit des nationalen Friedens für die Einhaltung des Beschlusses. Der Präsident erteilte darauf Masaryk als erstem Redner contra das Wort. Die Tschechisch-Abdialen riefen ununterbrochen: Abstimmen lassen! und pfeiften und lärmten unaufhörlich, so daß Masaryk am Sprechen verhindert wurde. Zwischen den Christlich-Sozialen und den Tschechisch-Abdialen kam es zu einem Handgemenge, doch wurden die Streitenden getrennt. Vizepräsident Steinwender erteilte vielstimmig einen Ordnungsruf. Der Lärm dauerte fort. Die Tschechisch-Abdialen gebrauchten ununterbrochen Ratschen. Von Zeit zu Zeit erklangen gellende Pfeiffe. Der Abgeordnete Lish stieß ununterbrochen in eine Trompete. Prochazka und Schmid verfertigten Tschako aus Papier und warfen sie den Tschechisch-Abdialen zu, die sie zurückschleuderten. Die Sitzung wurde geschlossen.

Zur Lage am Balkan.

(Telegramm.)

Aus dem Osmanen-Parlament.

Konstantinopel, 3. Febr. Die Deputiertenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Erörterungen über das mazedonische Bandenwesen fort. Der Deputierte Gassan verlangte ein Ausnahmengesetz zur Unterdrückung des Bandenwesens. Artab (Griech) führte aus, die mazedonischen Wirren würden erzeugt, um dem Christentum ein Lebergewicht über den Islam zu sichern. Ressemi erklärte, die Mächte hätten, statt zu reformieren, mit ihrer Intervention bisher nur Zeit verloren. Said (Albanese) schrieb die mazedonischen Unruhen dem Ausdehnungsdrange Bulgariens und Griechenlands zu. Stojanawitsch (Serbe) meinte, wichtiger als die mazedonische Frage sei das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn und Bulgarien. Die Türkei habe die Pflicht, erst diese Fragen zu regeln. Fehmi (Alena) führte aus, die Regierung solle die Bevölkerung durch einen Erlaß zur Ruhe mahnen und jodann die Banden durch Truppenmacht gewaltsam unterdrücken. Mischea (Walache) griff mit großer Festigkeit die Griechen an, die er beschuldigt, mit der griechischen Regierung zu fraternisieren, obgleich sie türkische Untertanen seien. (Anruhe.) Das griechische Patriarchat müsse seinen Einfluß zu politischen Zwecken aus. Mazedonien werde zur Ruhe kommen, wenn die Regierung das Patriarchat abschaffe und völlige Religionsfreiheit einführe. Hierauf wurde die Diskussion geschlossen und eine Tagesordnung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, strenge Maßnahmen zur Unterdrückung des Bandenwesens zu ergreifen und einen Gesetzentwurf zur Lösung der Kirchenfragen auszuarbeiten.

Die Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 3. Febr. Der „Kdam“ sagt: Der von Ausland beantragte Zahlungsmodus sei ein Freundschaftsakt, den Ausland seiner Erklärung nach zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei unternommen habe. Die Pforte sei über den Vorschlag noch nicht schlüssig geworden. „Schurai-Nemmet“ führt in einem Leitartikel aus: Der Schritt nach Bulgarien sei zweifellos günstig aufgenommen, da er das gute Einvernehmen zwischen Ausland und der Türkei stärken und der Erhaltung des Friedens dienen wolle, nur müsse man die Absichten nicht vergessen, welche Ausland hege. Iswolsti und die übrigen russischen Diplomaten hätten bisher in der Balkankrise keinen Erfolg erreichen können. Man sagt, daß sie von Lehrenthal besiegt worden seien, und daß sie deshalb durch diesen Vorschlag ihre Niederlage vergessen machen wollten. Ausland diene nur dem Panislamismus und wolle daher Bulgarien neuerdings verpflichten. Man müsse abwarten, wie Bulgarien den Vorschlag aufnehmen werde.

Konstantinopel, 4. Febr. Eine Note, worin als erste Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Bulgarien verlangt wird, daß dieses seine Mobilmachung rückgängig mache, ist dem „Kdam“ zufolge den türkischen Botschaften zugestellt worden.

Belgrad, 4. Febr. Wie verlautet, nahm die Regierung eine Anleihe von 150,000,000 Franken bei französischen Banken auf.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 4. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

Nachmittags nahm Seine Königliche Hoheit an der Trauerfeier am Sarge des verstorbenen Ministers a. D. und Präsidenten der Oberrechnungskammer Geheimrats Dr. Schenkel in der Friedhofkapelle teil.

Gegen Abend hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Geheimrats Dr. Nicolai.

Minister a. D. Dr. Karl Schenkel †

Die Friedhofkapelle konnte heute nur einen Teil der Leidtragenden fassen, die erschienen waren, um dem verstorbenen Staatsmann die letzten Ehren zu erweisen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog wohnte der Trauerfeier, die um 4 Uhr stattfand bei, und legte einen prächtigen Kranz am Sarge des Entschlafenen nieder. Neben dem Großherzoglichen Staatsministerium, den übrigen staatlichen Behörden, dem Parlament und der Stadt waren wohl alle Berufskreise des Landes vertreten, die dem früheren Minister des Innern ihren letzten Dank abtaten wollten, dem verdienten Staatsmann,

der in seiner bewunderungswürdigen Arbeitskraft, mit modernem sozialem und gerechten Empfinden allen Gebieten seines weitverbreiteten Verwaltungsbereichs seine stete Aufmerksamkeit zuwandte und fördernd und anregend tatkräftig einwirkte. Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe insbesondere verdanken ihm bedeutsame, fortschrittliche Einrichtungen. Einen reichen Schatz von Dankbarkeit hat sich Minister Schenkel überall, wo er seines Amtes wallete, erworben, und sein Name wird nicht nur in seinen wissenschaftlichen Werken, sondern vor allem in den bedeutenden Neugestaltungen im staatlichen Leben, die auf seine Initiative zurückzuführen sind, über den Tod hinaus dauernd fortleben. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise war durch Obersthofmeister Grafen von Andlaw, Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm durch Hofmarschall Freiherrn von Gemmingen vertreten. Außerdem bemerkten wir unter den Anwesenden den Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch, den Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn von Marschall, den Minister des Innern Freiherrn von Bodman, Geheimrat Dr. Reinhardt, Großhofmeister von Brauer und durch Unpäßlichkeit verhindert, der Finanzminister Dr. Ing. Honsefell ist in Berlin abwesend. Auch der Vorgänger des Verstorbenen im Ministeramt, Geheimrat Dr. Eichenlohr, war zur Trauerfeier erschienen. Die beiden Kamern der Landstände hatten Deputationen entsandt. Die Stadt vertrat Oberbürgermeister Siegrist und eine Abordnung von Stadträten, die Technische Hochschule der Rektor Prof. Dr. Kraßer und der Ausschuß des Studentenverbandes. Die zurzeit hier tagende Landwirtschaftskammer ließ die heutige Nachmittagsitzung wegen der Trauerfeier ausfallen; der Präsident Prinz zu Löwenstein und mehrere Mitglieder waren zugegen. Auch die Handelskammer, die Handwerkskammer und andere Körperschaften ließen sich vertreten. Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher legte namens der nationalliberalen Partei und Fraktion einen Kranz nieder, Oberbürgermeister Willems namens der Städteordnungsbehörde. Ferner sahen wir den Divisionskommandeur von Habel, Präsident Dr. Nicolai, Oberhofmeister von Stabel, Generaldirektor a. D. Geheimrat Eisenlohr, die Geheimräte Glöckner, Weingärtner und Hübsch, den Landeskommissar Höhrenbach, sowie viele hohe Beamte, Offiziere, Künstler und Gelehrte. Der Sarg verschwand unter dem Blumenmeer zahlloser Kränze, die alle vor Beginn der Feier niedergelegt worden waren, da auf schriftlich niedergelegten Wunsch Dr. Schenkels außer der Gedächtnisrede des Geistlichen, Ansprachen vermieden werden sollten.

Stadtpfarrer Mohde der dem Verstorbenen aus persönlich nahe stand, gab in der Trauerrede ein ausdrucksvolles Bild von Schenkels innerem Wesen. Nach Mitteilung der Personalien legte er folgendes Bibelwort seinen Ausführungen zugrunde.

„Der Herr ist der Geist; wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit. Nun aber spiegelte sich in uns allen des Herrn Klarheit mit unbedeutendem Ansehen, und wir werden verhalten in dasselbe Bild von einer Klarheit zu ändern durch den Herrn, der der Geist ist.“ II. Cor. 3, 17 u. 18.

Andächtige Trauerversammlung! Unter den letztwilligen Verfügungen des Vollendeten, um den wir trauern, findet sich auch eine Bestimmung des Wortlauts, daß der Heimgegangene als ein treues Mitglied der evangelischen Kirche die Mitwirkung eines evangelischen Geistlichen bei seinem Begräbnis wünsche, aber dringend bitte, daß alles Mögliche seiner Verdienste und seiner Person an seinem Grabe unterbleiben möchte. Da nun also mit dem Lob auch der Tadel an seinem Grabe verkommen muß, bleibt uns nur eines übrig, und das ist auch gang im Sinne des Entschlafenen: zu versuchen, das, was er in seinem Wert und als Mensch gewesen ist, im inneren Wesen zu erfassen und damit seine Persönlichkeit und sein Lebenswerk unserm Auge noch einmal recht nahe zu bringen.

Bei einer so vielseitigen und keineswegs ohne weiteres einfachen Natur, wie es Schenkel gewesen ist, wird diese Aufgabe immer ein Versuch bleiben müssen. Aber ich glaube, wenn Schenkel gesagt hat, daß er gelebt hat und sterben will als ein treues Mitglied seiner evangelischen Kirche, so ist das mehr als ein Wort; es ist ein Fingerzeig für die Auffassung seiner Lebensarbeit und seiner Persönlichkeit. Und wie er seine Arbeit und sein menschliches Streben verstanden haben will, das, glaube ich, liegt am besten ausgeprochen in dem tiefen Paulinischen Wort: „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“

Für den Apostel Paulus ist Christentum und das Ringen nach Freiheit ein und dasselbe, und der Apostel Paulus versteht die Freiheit, von der er spricht, immer in einem doppelten Sinne: Als Befreiung durch die Herrschaft des Gedankens über das Stoffliche und als sittliche Befreiung des Willens unter Lösung aller guten Kräfte, die im Untergrund unserer Natur schlummern. Und dieser Begriff der Freiheit ist bei Paulus in einer doppelten Weise verankert: Der Herr ist der Geist. Weil ihm der Grund aller Dinge ein ewiger klarer Geist ist, darum glaubt er an die Befreiung des Menschen. Und das andere ist die Verantwortung in der Hoffnung, daß auch durch hartes Schicksal und durch bitteren Tod hindurch wir hingehen zur Verklärung unseres Wesens, um Gottes Herrlichkeit zu schauen mit aufgeblicktem Angesicht.

Ich glaube, um den Mann zu verstehen, um den wir heute trauern, müssen wir diesen Gedankengängen folgen. Schenkel hat an die Freiheit geglaubt, Schenkel hat geglaubt, daß die feste Stütze aller irdischen Autoritäten die Stütze der Verantwortlichkeit in der Brust des einzelnen ist. Er hat geglaubt, daß je mehr wir den Menschen sittlich verantwortlich machen durch Mitarbeit an den Aufgaben der Allgemeinheit, er die Autoritäten, die Gott gewollt u. Gott geordnet hat, achten lernt durch die Arbeit, die er mitun muß. Das, scheint mir, ist der rote Faden, der sich durch die ganze Lebensarbeit dieses bedeutenden Mannes zieht. Darum war Schenkel kein Bureaucrat; darum war Schenkel ein so warmer Freund der Selbstverwaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Ein schöner Teil des Freiheitsglaubens Schenkels war sein Glaube an die sittliche Kraft in der Arbeiterwelt, die sich aufwärts bewegen soll und muß durch die Verbesserung ihrer Lebenslage zur Anstehung ihrer unreifen Gedankenwelt. Was er in diesem Sinne, im treuen Zusammenleben mit dem vereinigten, unvergeßlichen Wdrischofer gearbeitet hat, bleibt ein Denkmal in der Geschichte des badischen Landes.

In schwierigen Zeitläuften ist er es gewesen, der das freieste Wahlrecht unter den deutschen Bundesstaaten dem badischen Lande unter der Mitarbeit der beiden Kammern hat schenken dürfen, und es ist einer der unvergänglichen Ruhmestranze unseres vereinigten edlen Großherzogs Friedrich I., daß er durch all diese Jahre hindurch mit seinem zuverlässigen Vertrauen die Lebensarbeit dieses Mannes getragen hat und ihm geholfen hat, sein Volk seinem Herzen zu erhalten.

Andächtige Trauerversammlung! Aus dem Werke eines Mannes erschließt sich sein inneres Wesen. Niemand kann weniger sein als sein Werk. Wer durch seine Arbeit bezeugt hat, daß er geglaubt hat an die Menschen, an den sittlichen Fortschritt in der Freiheit des Menschengeschlechtes, der muß in sich selbst etwas erfahren haben von der befriedenden Macht der Freiheit. Wir alle haben oben Unterscheid die bewundernswürdige Vielseitigkeit des Vollendeten gefasst. Auch

auf Wissensgebieten, die seinem eigentlichen Beruf und Studium fernlagen, zeigte er überall eine weit mehr als oberflächliche Orientierung und hat er anregend gewirkt. Er muß ein ganz gewaltiger Arbeiter gewesen sein, der niemals ruhte und rastete, um sich durch den Gedanken innerlich vorwärts zu bringen. Seine Ueberlegenheit haben wir alle gefühlt. Wir haben manchmal den Druck dieser Ueberlegenheit in seinem Wesen gefühlt. Was er aber im Innersten seines Herzens als Mensch gewesen ist, das haben eigentlich nur im engsten Freundeskreise und im häuslichen Kreise die Seinen erfahren. Sein Wille und seine Gedanken gehörten dem Vaterlande, sein Herz den Nächsten. Aber die ganze sittliche Kraft seines Wesens ist erst offenbar geworden in den schweren Zeiten seiner bitteren Leben, als es hieß, Abschied nehmen von einem Leben, das wohl reich gesegnet war an Arbeit und an Erfolgen, wenn auch angefochten durch Mühen und Kämpfe, aber das doch noch manche gute Frucht hätte zeitigen können. Da hat er sich als Mann und Christ gezeigt. Er hat mit voller Klarheit seinem Schicksal entgegengetreten und mir selbst gesagt, daß er lieber das Zeitliche segnen will, als ein Krüppel an Leib und Seele sein. Aber selbst in dieser Zeit seiner Leiden hat er noch mit demselben regen geistigen Interesse alles, was um ihn her vorging, verfolgt, bis er sich auch hierin zu seinem Schmerze beschränken und sich genügen lassen mußte an dem, was man ihm durch Vorlesen aus seiner Umgebung mitgeteilt ward. Tapfer und mutig ist er, ohne Klage, aber nicht mit fischer Ergebenheit, dem Tode entgegengegangen. Im Gegenteil, er war in seinem ganzen Leben und in seinem Glauben an die Freiheit verankert in Gott und in der Ewigkeitshoffnung. Er hat es mir selbst noch wenige Wochen vor seinem Tode gesagt, daß er nie ein Materialist gewesen ist, sondern immer festgehalten hat an dem geistigen Urgrund und Schöpfungsgrund alles Daseins und daß er sicher und zuversichtlich glaubt an einen zweiten Aufbau unseres Lebens nach dem Tode.

Allerdings, auch in diesen religiösen und kirchlichen Dingen war er ein Mann, der nicht an der Form hing; er stand der Ueberlieferung frei gegenüber. Auch hier war sein Bekenntnis das: „Der Herr ist der Geist, und wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ Und diese sittliche Freiheit im Glauben und in der Hoffnung hat mit ihm ausgehalten bis in den Tod und ist ihm Tragkraft gewesen in der Sterbestunde.

Andächtige Trauerversammlung! So sehe ich das Bild des Vollenbeters als eines Mannes, der im edelsten Sinne des Wortes ein Vorkämpfer für Freiheit war, nicht eines Mannes der freiheitlichen Phrase, eines Mannes der Arbeit für die Freiheit des Gedankens, für die sittliche Freiheit im Glauben und die Befreiung alles dessen, was in der sozialen Tiefe der Lösung seiner Bande bedarf. Er war kein Volkswort im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Ganz und gar nicht! Aber ein Volkswort im edelsten Sinne des Wortes. Wie er den Abstand seiner Ideale und Hoffnungen von der Wirklichkeit empfunden hat als Mensch bei sich selbst in dem Widerspruch auch seiner unvollkommenen Natur und im Leben überhaupt, das trat vor die Öffentlichkeit manchmal als Carlsasmus. Dieser Carlsasmus war aber nur der Ausfluß seines Leidens unter dem Abstand der Wirklichkeit von dem gewollten Ideal. In seinem letzten Kampfe aber hat er unter dem Widerspruch des Lebens tapfer und mutig gestanden ohne Klage, ein Mann bis zur letzten Stunde! Nun folgte er manchen edlen unter seinen Mitarbeitern, die wie er zu früh dahingegangen sind, und an seinem Grabe steigt von uns eine Bitte auf; daß unserm Volke immer solche Männer geschenkt und erhalten bleiben und dort stehen möchten, wo der Vollenbeter stand, wie Karl Schenkel. Amen.

Nach der Rede drückte Seine königliche Hoheit der Großherzog der Witwe und dem anwesenden Bruder herzliches Beileid aus. Sodann wurde der Sarg ins Krematorium überführt, wo in Anwesenheit der nächsten Angehörigen die Einäscherung der sterblichen Ueberreste stattfand.

In der heutigen Stadtratssitzung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Oberbürgermeister mit herzlichen Worten des verstorbenen Ministers a. D. Schenkel und hob seine Verdienste um das badische Land und insbesondere um die Selbstverwaltung der Gemeinden hervor. Das Kollegium erhob sich zu Ehren des Entschlafenen von den Sitzen und beschloß, an seiner Bahre namens der Stadtgemeinde einen Lorbeerzweig niederlegen zu lassen und zur Beisehungfeier eine Afschreibung unter Führung des Oberbürgermeisters zu entsenden.

Von der Technischen Hochschule wird uns geschrieben: Im Mai 1875 wurde der damalige Ministerialassessor Dr. Karl Schenkel durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung mit der Abhaltung von Vorlesungen über populäre Rechtslehre, sowie über Forst- und Jagdrecht an der Technischen Hochschule betraut, und ihm zugleich die Geschäfte eines rechtsverständigen Beirats im Großen Räte übertragen. Es war dies der Beginn einer durch 25 Jahre ununterbrochen und mit ebenso großer Sorgfalt als sichtbarem Erfolge ausgeübten Tätigkeit des nun Verstorbenen. In dem nämlichen Schreiben aber, in welchem der Rektor im Jahre 1900 den Glückwunsch und den Dank der Hochschule für die 25 jährige, in ihrem Interesse geleisteten Dienste aussprach, mußte er zugleich das Bedauern über den Austritt Schenkels aus dem Lehrkörper zum Ausdruck bringen, da jener mit der Leitung des Ministeriums des Innern betraut, um Enthebung von seinen Stellungen an der Hochschule nachsah. Im September 1906 wurde Schenkel in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und Bodenkultur unseres Landes, sowie in der inneren Verwaltung, insbesondere in der sozialen Fürsorge, von der Hochschule die Würde eines Doktor-Ingenieurs-Ehrenhalber verliehen. Welchen Wert Schenkel selbst auf seine Beziehungen zur Fridericianen legte, geht aus dem Schreiben hervor, welches er damals an den Rektor richtete, und in dem er versicherte, daß es zu seinen schönsten Erinnerungen gehöre, während 25 Jahren als Lehrer an der Technischen Hochschule gewirkt zu haben, zugleich aber der Freude Ausdruck verlieh, daß das Band der inneren Zugehörigkeit nicht gelöst sei, zumal ihm als Minister des Innern die Beaufsichtigung und Leitung wichtiger technischer Aufgaben zustehe, zu deren Beforgung wissenschaftlich vorzubilden, die Technische Hochschule berufen sei.

Als aber im Jahre 1907 Schenkel die Leitung des Ministeriums des Innern mit dem Posten des Präsidenten der Oberrechnungskammer vertauschte, kehrte er zur großen Freude aller Angehörigen der Fridericianen in deren Kreis zurück und nahm, leider für kürzere Zeit, als er und die Hochschule hoffte, seine liebgewordene Lehrtätigkeit wieder auf, die er erst niederlegte, als sein schweres Leiden ihn auf das letzte Krankenbett warf.

Heidelberg, 3. Febr. Beim Beginn der heutigen Stadtratssitzung widmete Oberbürgermeister Dr. Wilkens dem verstorbenen Minister a. D. und Oberrechnungskammerpräsidenten Dr. Schenkel einen warmen Nachruf, die hervorragenden Verdienste des Dahingegangenen um unser Heimatland, sowie dessen treue Anhänglichkeit an Heidelberg betonend. Die Mitglieder des Stadtrats gaben ihre Zustimmung darüber kund, daß sie sich von den Klagen erhoben. An die Witwe des Heimgegangenen wurde ein Beileidstelegramm abgefandt.

** Auf Grund der im Januar d. J. vorgenommenen Hauptprüfung im Forstfach sind unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen worden die Kandidaten:

Emil Biffinger aus Forstheim,
Jans Hindenlang aus Hornberg,
Fritz Keller aus Rheinbischofsheim,
Karl Müller aus Heidelberg.

(Präsident D. Friedrich Dehler.) Mit dem 1. Februar ist Präsident D. Dehler in den Ruhestand getreten. Vor einigen Tagen noch, als D. Dehler in Heidelberg weilte, hat die Diözese Mannheim ihm einen von sämtlichen Geistlichen dieser Diözese und dem Mannheimer Kirchengemeinderat unterzeichnete Adresse überreicht. Aber nicht nur einer einzelnen Diözese, mit der der scheidende Geistliche besonders oft in Verbindung kam, sondern vielmehr der ganzen badischen Geistlichkeit war es ein Herzensbedürfnis, ihm den Dank für alles auszusprechen, was D. Dehler im Hinblick auf die Gesamtkirche getan hat, und zugleich das lebhafteste Bedauern auszudrücken, daß die leidende Gesundheit ihm zum Rücktritt gezwungen hat. So fand der Vorschlag, ihm am 1. Februar eine Adresse, unterzeichnet von sämtlichen Defanen Badens im Namen der gesamten Geistlichkeit, zu überreichen, die freudigste Aufnahme. Leider war es Präsident D. Dehler unmöglich, eine Deputation — wie es geplant war — bei sich zu empfangen, da sein gegenwärtiger Gesundheitszustand ihm jede Störung der Ruhe verbietet. Dagegen hat Defan Ebert-Mühlburg, als der am Wohnort D. Dehlers anässige Defan, es übernommen, den Fürsprecher zu machen, und hat ihm diese Adresse überreicht, welche folgenden Wortlaut hat: „Hochwürdigster Herr Präsident! Mit tiefem Bedauern haben wir die Kunde erhalten, daß Ihre Gesundheitsverhältnisse eine Weiterführung Ihres hohen Amtes Ihnen nicht gestatten. Bei Ihrem Rücktritt haben wir das Bedürfnis, Ihnen unseren innigen Dank auszusprechen für alles, was Sie in Ihrer Stellung als Präsident der evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens im Hinblick auf die Gesamtkirche, auf die Einzelgemeinden und auf die Wahrung der Kircheninteressen in der Ersten Kammer geleistet haben. Ihre auf unparteiischer Gerechtigkeit und herzlichem Wohlwollen beruhende Fürsorge für das kirchliche Leben im allgemeinen und für das persönliche der Geistlichen im besonderen hat auf allen Seiten und bei allen Richtungen das Dankesgefühl hervorgerufen, dem wir hiermit einen schlichten, aufrichtigen Ausdruck geben möchten. Verubt doch Ihre in fünf Jahren gewisshafter, rastloser, geistvoller Arbeit bewährte Tätigkeit auf einer warmen und begeisterten Liebe zum edlen Christentum und zu unserer teuren Evangelischen Kirche. Möge die Ihnen, hochwürdigster Herr Präsident, nach mannigfacher Ehrengabe Ihrer reichen Verdienste nun gebotene Ruhe zu fröhlichen Erquickung dienen und Ihnen den Segen Gottes zu teil werden, den zu stiften und auszusäen Sie stets aufopferungsvoll in Ihrem ganzen Berufsleben bemüht gewesen sind. Das walte Gott!“

(Vermächtnis.) Wie jetzt bekannt wird, hat der verstorbene Oberstleutnant v. Offenhardt-Verckhoff dem evangelischen Diakonissenhaus in Karlsruhe testamentarisch den hohen Betrag von 700 000 M. vermacht, der zur Erbauung eines Altersheimes für Personen weiblichen Geschlechts Verwendung finden soll. Der Schwereitensfonds des Diakonissenhauses erhielt durch das Vermächtnis einen Zuwachs von 20 000 M., auch die Gemeinde Ortenberg wurde mit einem Legat bedacht.

(Die zur Gründung einer Karlsruher Ortsgruppe des Ostmarkenvereins) auf gestern abend einberufene Versammlung im großen Rathsaal war wohl infolge der höchst ungünstigen Witterung nicht sehr zahlreich besetzt. Herr Major a. D. Kreßmann, dem die Initiative zu dieser nationalen Gründung zu danken ist, hielt einen eingehenden Vortrag über die Notwendigkeit der Selbsttätigkeit der Ostmarkenvereine gegen das Vordringen des Bolschewismus, und schloß zum Schluß vor, als Vorstand der sich konstituierenden Ortsgruppe folgende Herren und Damen zu wählen: 1. Vorsitzender Geh. Hofrat Rath, 2. Vorsitzender Ministerialrat Dr. Stoll, Schriftführer Lehramtspraktikant Dr. Lühe, Beisitzer Frau Geheimrat Weingärtner, Frau Geh. Hofrat Nebmann und Major a. D. Kreßmann. Der Vorschlag fand lebhaftest Zustimmung. Nachdem Ministerialrat Stoll namens des Vorstandes Herrn Major Kreßmann für seine Mühen herzlichsten Dank ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Offenburg, 4. Febr. Bei den gestern mittag erfolgten Stadtverordnetenwahlen der Mittelbezirkswahlkreise (17 Stadtverordnete) siegte ohne Ausnahme die Liste des Zentrums mit 170 bis 157 Stimmen. Auf den liberal-sozialdemokratischen Vorschlag fielen 156 bis 141 Stimmen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 4. Febr. Seine Majestät der Kaiser hörte heute vormittag im königlichen Schlosse die Vorträge des Generalinspektors der Kavallerie, des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabs der Armee und des Chefs des Militärkabinetts.

Berlin, 4. Febr. Auf dem gestrigen dritten und letzten Sitzungstage des Allgemeinen Bergarbeiterkongresses sprach ein Mitglied der polnischen Bergarbeitervereinigung über das Thema: Das System der schwarzen Listen und die dauernden Sperren. Eine Erklärung, in welcher gegen das Vorgehen der Grubenbesitzer protestiert und die Reichsregierung erjudet wird, die bestehenden in Frage kommen Gesehe so auszubauen, daß der Aussperrungspolitik der Grubenbesitzer durch die Verstrafung eines derartigen Vorgehens ein Ende bereitet werde, wurde nach längerer Erörterung einstimmig angenommen. Darauf wurde der Kongreß geschlossen.

Strasburg, 4. Febr. Statthalter Graf Wedel gab gestern zu Ehren des Landesauschusses ein parlamentarisches Diner, in dessen Verlauf er einen Kaisertraktat ausbrachte, wobei er sagte: Er habe sich in dem Jahre seiner Amtsführung in den Reichslanden eingelebt. Allen könne man es nicht recht machen, das habe er durch Angriffe von hüben und drüben erfahren. Der Statthalter habe nach dem Befehle des Kaisers den Kurs zu bestimmen, er habe demgemäß die Verantwortung und er werde sie nicht scheuen. In der Tat, daß man im Reichstage der Reichsregierung ein größeres Vertrauen als der Landesregierung ausgesprochen habe, erblicke er ein erfreuliches Zeichen für die zunehmende Stetigkeit des Reichsgedankens. Er selbst sei unabhängig bemüht gewesen, für den Ausbau der Verhältnisse im Sinne einer größeren Selbstständigkeit des Landes einzutreten und habe hierfür an allen maßgebenden Stellen des Reiches volles Verständnis und wahrhaftes Entgegenkommen gefunden. Eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse lasse sich nur schrittweise vollziehen. Der Standpunkt: „Alles oder gar nichts“ wäre im Interesse des Landes tief zu bedauern. Jedem berechtigten Wunsche komme er freudig entgegen. Der warme und begeisterte Empfang, der dem Kaiser im verflohenen Jahre von der Bevölkerung bereitet wurde, habe die ihm wohlgetan und seine Liebe

für Elbsch-Lothringen und sein Volk noch wärmer und inniger gestaltet.

Wien, 4. Febr. In der gestrigen Generalversammlung der österreichisch-ungarischen Bank traten die österreichischen Aktionäre durchweg für eine Beibehaltung des gemeinsamen Instituts und gegen die Errichtung einer Kartellbank ein.

Newyork, 4. Febr. Nach einer Meldung aus Caracas haben der deutsche Gesandte und der venezolanische Minister des Auswärtigen am 26. Januar einen Handelsvertrag unterzeichnet, der Deutschland das Meißbegünstigungsrecht einräumt.

Sacramento, 3. Febr. Die gesetzgebende Versammlung hat mit 48 gegen 28 Stimmen die antijapanischen Gesehe, welche den Fremden den Landwerb in Kalifornien verbieten, abgelehnt.

San Diego (Kalifornien), 4. Febr. Infolge eines aus Washington eingetroffenen Befehls ist die gesamte Torpedoflotte nach Mare Island abgegangen.

Adis Abeba, 4. Febr. Der Zustand des Negus Menelik wird immer ernster. In Debra Libanos haben sich alle Häuptlinge eingefunden, die ihre Bewaffneten aufboten. Die Artillerie des Negus Menelik ist von Adis Abeba nach Debra Libanos abgebrochen.

Verschiedenes.

Berlin, 4. Febr. Der gestern im Berliner Schlosse ausgebrochene Brand erlangte einen größeren Umfang, als man ursprünglich annahm. Als die Feuerwehr eintraf, war der Raum so verqualmt, daß erst nach längerem Suchen der Brandherd gefunden werden konnte. Vermutlich war das Feuer durch einen Kachelstein in der Braunschweiger Kammer entstanden. Es ist ein Glück, daß der Brand bei Tage ausbrach, denn Nachts wäre es nicht möglich gewesen, denselben so schnell zu löschen. Seine Majestät der Kaiser erschien an der Brandstelle und verweilte dort eine halbe Stunde. Der Feuerwehrmann Schlörde wurde ohnmächtig und mußte benimmungslos nach dem Krankenhaus geschafft werden. Mehrere andere Feuerwehrleute erkrankten nachträglich und wurden nach ihren Wohnungen gebracht.

Berlin, 4. Febr. Gestern abend verjuchte der 34jährige Arbeiter Donner seine getrennt von ihm lebende Frau zu erschließen. Der Schuß ging jedoch fehl, drang aber dem Schwager der Frau, dem Arbeiter Radewitz in die rechte Schulter. Donner erhängte sich in der Zelle der Polizeiwache.

Bern, 4. Febr. Wie verlautet, ist die Post von Davos nach Engadin am Flußpaß von einer Lawine verschüttet worden. Der Postillon und der Schaffner wurden gerettet, aber ein Knecht liegt unter den Schneemassen begraben. Fahrgäste hatte die Post nicht.

Paris, 4. Febr. Aus Bordeaux wird gemeldet: Die Meldung daß bei dem Unfall des Ballon „Rebe“ auch der Luftschiffer Acharb umgekommen sei, bestätigt sich nicht. Acharb wurde nur leicht verletzt.

Hochwasser.

Münden, 4. Febr. Durch Hochwasser infolge plötzlich eingetretener Schneeschmelze ist der Bahnbetrieb auf den Strecken Minden-Nordhausen-Eichenberg-Göttingen gestört. Berra und Fulda führen gewaltige Eismassen mit sich. Die Flüsse steigen sehr schnell, so daß das Hochwasser gefährlich werden beginnt.

Hamburg, 4. Febr. Im Hochwasser des Elbbaches sind heute bei der Staffeler Porzellanfabrik drei Arbeiter erstickt.

Frankfurt, 4. Febr. Das Hochwasser der Flußläufe nimmt seit vormittag einen bedrohlichen Charakter an. Von den Orten des Thüringer Waldes wurde den städtischen Behörden mitgeteilt, daß die Hochwassererfahrung stetig wachse. Aus Mühlhausen wurde gemeldet, daß die Ufer um 4,40 Meter gestiegen sei und weite Strecken überschwemme. Aus Sondershausen kommt die Mitteilung, daß der Verkehr auf den Eisenbahnlinien Sondershausen-Erfurt und Hohenbrunn-Mühlhausen Störungen erleiden. In Sonneberg steht die obere Stadt unter Wasser. In Heiligenstadt ist das Hochwasser auf dem Eichsfelde viel gefährlicher als ursprünglich angenommen wurde. In Duderstadt steht die Bahnhofstraße unter Wasser.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 4. Februar 1909.

Die Depression über dem Nordmeer hat seit gestern über das südliche Skandinavien hinweg bis zu den russischen Ostseeprovinzen einen Ausläufer entsendet, der mehrere flache Tiefminima enthält. Hoher Druck lagert noch im Südwesten. In ganz Mitteleuropa verursacht die Depression unruhiges, mildes und regnerisches Wetter. Weiteres Anhalten des herrschenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 4. Februar 1909.

Lugano wolkenlos — 1 Grad, Biarritz bedeckt 8 Grad, Nizza wolfig 4 Grad, Triest bedeckt 2 Grad, Florenz bedeckt 2 Grad, Rom bedeckt 4 Grad, Brindisi wolkenlos 3 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. Anzahl.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Wimmel
3. Nachts 9 ⁰⁰ U.	749.1	4.0	5.6	92	SW	Regen
4. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	748.6	5.6	6.5	96	"	"
4. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	748.7	6.9	6.9	93	"	"

Höchste Temperatur am 3. Februar: 4.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 4. Februar 7⁰⁰ früh: 4.8 mm.

Wasserstand des Rheins am 4. Februar, früh: Schußfer in sel 0.85 m, gestiegen 5 cm; Nebl 1.38 m, gefallen 4 cm; Maxau 3.12 m, Stillstand; Mannheim 1.86 m, gestiegen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

MERAN HABSBURGERHOF
1. RANGES. 2 MINUTEN VOM BAHNHOF. BEVORZUGTE LAGE.
MODERNSTER COMFORT. PREISE MÄSSIG. RESTAURANT. PROSPEKT.

Soeben erschienen:

Baugeschichte von Karlsruhe 1715 bis 1870

Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus.

Von Dr. ing. Kurt Ehrenberg.

Preis M. 2.80

Das Material ist in der Hauptsache in drei Gebiete geteilt: Stadterweiterungen, Projekte und Ausführungen; Privatbauwesen, Entwicklung u. Vorschriften; Öffentliche Bauwesen. Als Einführung sind die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der baulichen Entwicklung und der Organisation der Bauverwaltung behandelt, ausserdem Angaben über Miet-, Bau- und Bodenpreise gemacht. Ein speziell die ästhetische Seite des Städtebaus berührendes Kapitel ist in der Geschichte des Marktplatzes gegeben. Schliesslich ist in der »Geschichte der Kaiserstrasse bis zur Gegenwart« der Versuch gemacht, von der historischen Betrachtungsweise in eine exakte wissenschaftliche Erforschung des gegenwärtigen Zustandes überzugehen.

Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe i. B.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

Photograph. Kursus f. Damen

Montag den 15. Februar d. Js. beginnt ein neuer 4 bis 5-wöchiger Kursus (einschliesslich **Farbenphotographie**). w. 862
Anmeldungen erbeten an

Professor F. Schmidt, Sofienstrasse 95

Kosmograf erstklassigster Vervielfältigungsapparat

Von hohen und höchsten Behörden zahlr. Folio 23 x 34 M. 20. glänzende Anerkennungen. **Keine Kitten-Doppelfolio 34 x 43 M. 32.** **Garantie.** Gegen Einrückung 3 Jahre. **Garantie.** Absolut saubere Handhabung, in allen Größen vorrätig. Zu beziehen durch die einschlägigen Geschäfte, wo nicht vorrätig, durch den Fabrikanten
H. E. Maier, Karlsruhe-Beiertheim.
Man verlange Prospekt.

Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover.

Errichtet im Jahre 1878.

Militärdienst-Versicherung: Lebens-Versicherung.

Gesamtversicherungsbestand: 300 Millionen Mark Versicherungssumme.
Gesamtvermögensbestand: 130 Millionen Mark.
Gesamtauszahlungen: 100 Millionen Mark.
Im Jahre 1908 wurden rund 26 Millionen Mark Versicherungssumme beantragt.

Die Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover übernimmt unter äusserst günstigen Bedingungen die Versicherung von Kapitalien auf dem Fall der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich — Militärdienst-Versicherungen — und für den Fall der Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder des vorherigen Ablebens mit Einschluß der Kriegesfahr — Lebens-Versicherungen. Auch bietet sie vorzügliche Gelegenheiten zur Beschaffung von Kapitalien für Fächeraussteuer, Studienzwecke etc. Alle Versicherungsfälle fallen den Versicherten zu. W. 345

Hauptagent für Karlsruhe und Umgegend:
Herr Inspektor Leopold Dürr, Brauerstrasse 19.

Der Zeitungs-Verlag Hannover

;; Königstrasse 52 ;;

In unserm Verlag erschienen soeben:

Das Anzeigenrecht

Eine systemat. Darstellung der rechtl. Verhältnisse des Anzeigen- (Annoncen-, Inseraten-) wesens

Von A. Ehner

Syndikus des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

Geb. 4 M., brosch. 3,60 M.

;; Zu beziehen ;; durch alle Buchhandlungen

Patentanwaltsbureau Karlsruhe

C. Kleyer, Kriegstrasse 77, Telephon 1303

Stühle

werden dauerhaft geflochten und repariert.
Fr. Ernst, Adlerstr. 3.

Auslosung von Schuldverschreibungen.

Die Auslosung von 4 Schuldverschreibungen à M. 300 des Anlehens der hiesigen israelitischen Gemeinde findet

Mittwoch den 3. März 1909, vormittags 11 Uhr, im Geschäftszimmer des Großherzogl. Notariats IV (Herr Großh. Notar Dit, Friedrichsplatz 1a) statt.
Karlsruhe, den 4. Februar 1909.
Der Synagogenrat.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkursöffnung.
W. 986. Nr. A. 3399. Bruchsal. Ueber das Vermögen des Zigarrenfabrikanten **Rufin Stoll** in Bruchsal hat das Großh. Amtsgericht Bruchsal heute am 3. Februar 1909, nachmittags 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechnungssteller **August Reim** in Bruchsal wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 3. März 1909 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch, den 24. Februar 1909, nachmittags 9 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 10. März 1909, vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursforderung etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Februar 1909 Anzeige zu machen.
Bruchsal, den 3. Februar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Raif.**

Konkursverfahren.
W. 981. Nr. 1112. I. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **David Gutmann**, Inhabers der Firma „Holzmannufaktur David Gutmann“ in Karlsruhe, Herrenstraße 33, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung auf **Freitag den 26. Februar 1909, vormittags 11 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht hierseits, Akademiestraße 2 A, III. Stock, Zimmer Nr. 17, bestimmt.
Die Gebühren und Auslagen des Verwalters wurden auf 690 M. 69 Pf. festgesetzt.
Karlsruhe, den 3. Februar 1909.
Heinrich, Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts I.**

Mittwoch, den 10. März 1909, vormittags 9 Uhr.

Bekanntmachung.
W. 979. Mannheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts **Karl Hummel** in Mannheim betr. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts **Karl Hummel** in Mannheim soll die Schlußverteilung stattfinden.
Der verfügbare Massebestand beträgt 2188,69 M.
Zu berücksichtigen sind: 64,57 M. bevorrechtigte und 17 839,64 M. nichtbevorrechtigte Konkursforderungen.
Mannheim, den 3. Februar 1909.
Der Konkursverwalter:
Dr. Richard Keller, Rechtsanwalt.

Konkursverfahren.

Bekanntmachung.
W. 979. Mannheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts **Karl Hummel** in Mannheim betr. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts **Karl Hummel** in Mannheim soll die Schlußverteilung stattfinden.
Der verfügbare Massebestand beträgt 2188,69 M.
Zu berücksichtigen sind: 64,57 M. bevorrechtigte und 17 839,64 M. nichtbevorrechtigte Konkursforderungen.
Mannheim, den 3. Februar 1909.
Der Konkursverwalter:
Dr. Richard Keller, Rechtsanwalt.

Konkursverfahren.

Bekanntmachung.
W. 976. Nr. 16206. Müllheim. Im Konkurs über den Nachlaß des früheren Baumeisters **Emil Morath** in Schllengen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über etwaige nicht vermerkbare Vermögensstände sowie über die Erstattung der Auslagen und Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf **Freitag den 26. Februar 1909, vormittags 8 1/2 Uhr.**
Müllheim, den 30. Januar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Rölle.**

Konkursverfahren.

Bekanntmachung.
W. 976. Nr. 16206. Müllheim. Im Konkurs über den Nachlaß des früheren Baumeisters **Emil Morath** in Schllengen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über etwaige nicht vermerkbare Vermögensstände sowie über die Erstattung der Auslagen und Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf **Freitag den 26. Februar 1909, vormittags 8 1/2 Uhr.**
Müllheim, den 30. Januar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Rölle.**

Konkursverfahren.

Bekanntmachung.
W. 976. Nr. 16206. Müllheim. Im Konkurs über den Nachlaß des früheren Baumeisters **Emil Morath** in Schllengen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über etwaige nicht vermerkbare Vermögensstände sowie über die Erstattung der Auslagen und Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf **Freitag den 26. Februar 1909, vormittags 8 1/2 Uhr.**
Müllheim, den 30. Januar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Rölle.**

Konkursverfahren.

Bekanntmachung.
W. 945. Nr. 1195. Ueberlingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Geiß & Schaaß** in Ueberlingen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf **Freitag den 26. Februar 1909, nachmittags 4 1/2 Uhr,** vor Großh. Amtsgericht hier.
Ueberlingen, den 29. Januar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: C. Bed.**

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

W. 939 22. Neustadt. Der Landwirt **Anton Benz** in Röttenbach hat beantragt, den verstorbenen **Schuhmacher Alois Käpfer**, geboren 21. Juni 1833 zu Röttenbach und zuletzt wohnhaft daselbst, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Montag, den 25. Oktober 1909, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.
Neustadt, den 28. Januar 1909.
Großh. Amtsgericht, gez. **Rabe.**
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Kaiser.

Strafrechtspflege.

W. 850.33. Nr. 4400. Freiburg.

1. Der am 29. Oktober 1879 zu Münster (Kreis Colmar) geborene, zuletzt Student an der Universität Freiburg, **Franz Werner Kohlbeder**;
2. der am 6. November 1885 in Riegel geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Roch Emil Deckert**;
3. der am 1. Mai 1885 in Brästen geborene, zuletzt daselbst ohne Beruf wohnhafte **Johann Georg Kling**;
4. der am 11. Dezember 1885 zu Münsingen geborene, zuletzt ohne Beruf daselbst wohnhafte **Franz Josef Koch**;
5. der am 25. Oktober 1884 in Kuppenheim geborene, zuletzt daselbst wohnhafte **Schmid Emil Schmid**;
6. der am 18. Februar 1885 in Priesenheim geborene, zuletzt ohne Beruf in Altdorf wohnhafte **Herman Bauer**;
7. der am 23. Februar 1885 in Riehen (Schweiz) geborene, zuletzt in Lurningen wohnhafte **Seidenweber Julius Bülle**;
8. der am 21. August 1884 zu Krozingen geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Maler Johann Schmid**;
9. der am 13. Juni 1886 in Bellinzona (Kanton Tessin) geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Mechaniker Johannes Schleich**,
werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Wehrzeit, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärfähigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1. Nr. 1 Str. G. B.
Dieselben werden auf **Dienstag, den 23. März 1909, vormittags 9 Uhr,** vor die I. Strafkammer des Großherzoglichen Landgerichts zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 479 der Strafprozeßordnung von den Zivilvorstehenden der Strafkommissionen zu Colmar, Emmendingen, Ettenheim, Lahr, Säckingen, Staufen und Freudenstadt über die der Anlage zugrunde liegenden Tatsachen ausgefertigten Erklärungen verurteilt werden.
Freiburg, den 22. Januar 1909.
Großherzogliche Staatsanwaltschaft.
Lin.

Rabung.

W. 872.33. Lörrach. Der am 25. Oktober 1879 in Fringen geborene **Pferdebefreier Hermann Großhans**, zurzeit an unbekanntem Orte, wird beschuldigt, als beurlaubter Referent ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit §§ 4, 11 des Reichsgesetzes vom 11. Februar 1888.
Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts auf **Mittwoch, den 12. April 1909, vormittags 8 1/2 Uhr,** vor das Großh. Schöffengericht in Bruchsal, Zimmer Nr. 4, zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 479 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando in Bruchsal ausgefertigten Erklärung verurteilt werden.
Bruchsal, den 26. Januar 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Kimmig.**

Bekanntmachungen.

Reiz- und Brennholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Wiesloch versteigert auf Vorfrist bis 1. Oktober d. J. aus den Domänenwäldungen I. Kirchenrückwald und II. Sallengrund am **Montag, den 8. Februar d. J.**, im Saale der „Pfalz“ in Wiesloch, jeweils vormittags 1/2 10 Uhr beginnend: Stämme, Röße, Stck: Eichen 2 Ib,

1 II a., 4 II b., 7 III b und 4 IV. A., Auzien: 50 IV.—VI. A., 2 Forlene Schlagsäge I. A., 2 Kirchsäge V. A., auf. 50 Feltmeter, 23 Auzien Wagnerstangen I. A. und 30 Stück eichene; Brennholz Scheiter Ester: 175 buchene I. u. II., 5 Ster eichenes Kieferholz I. A., 50 eichene II. u. III., 34 Forlen Rollholz I. A., Prügelholz Ester: 20 buchene, 22 eichene, 200 gemischte u. 16 Forlen I. u. II. A.
Sodann am **Dienstag, den 9. Februar d. J.**: 19000 Stück buchene, gemischte u. eichene Wellen, 2 Nadelnuzreißhaken und 8 Lose Schlagsaum.
Versteiger: Forstwart **Sir. Willen** und Hilfsdomänenwaldhüter **Hiltenbrand** in Forrenberg, die Holzholzlitten auszüge fertigen. W. 962 3.2

Kleinpflasterarbeiten.

Anlässlich des **Bahnhofumbaus Durlach** haben wir die Lieferung und Herstellung der **Granit-Kleinpflasterdecken dreier Brückenfahrbahnen** (etwa 2090 qm) nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben.
Die Zeichnungen nebst Bedingnisheft liegen auf unserem Geschäftszimmer, Auerstraße 11 in Durlach, zur Einsichtnahme auf. Hier sind auch die Angebotsvorbrücke zu erheben. Die Unterlagen werden nach auswärts nicht abgegeben.
Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Kleinpflaster, Bahnhofumbau Durlach“ bis zum Zeitpunkt der Eröffnung: **Mittwoch den 17. Februar 1909, vormittags 11 1/2 Uhr,** bei uns einzureichen. W. 966
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Durlach, den 2. Februar 1909.
Großh. Bahnbauinspektion.

Vermietung eines Lagerplatzes mit Gleisanschluss.

Ein 5400 qm großer, zur Lagerung von Holzern und sonstigen Rohmaterialien, oder zur Einrichtung eines Gernbebetriebes geeigneter, in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegener Platz mit Gleisanschluss ist auf 1. Mai d. J. zum Preis von 40 Pf. für das Quadratmeter und Jahr zu vermieten. Nähere Auskunft erteilt die unterzeichnete Stelle. W. 984 2.1
Karlsruhe, den 2. Februar 1909.
Großh. Stationsamt Rangierbahnhof.

Bergabung

von Hochbau-Arbeiten.

Die mit Ausschreiben vom 27. Januar d. J. auf Samstag den 13. Februar anberaumte öffentliche Bergabung der Arbeiten zur Herstellung eines Wohngebäudes mit Waschküchengebäude für 4 Wohnstiege auf Station **Rehl** findet nicht statt, da überer Anordnung zufolge die Ausführung des Baues unterbleiben soll. W. 989
Großh. Bahnbauinspektion.

Reichs-Eisenbahnen in Elsass-Lotbringen.

Verkauf

a. unbrauchbarer Oberbau- und Baumaterialien: 110 000 m Stahlschienen, 34 000 m Eisenbahnen, 100 000 m eiserne Schwellen, 1300 000 kg Schweiß- und Flusseisen, 140 000 kg Gußeisen, 58 000 kg Brandguß, 360 000 kg Stahl, 33 000 kg Eisen- und Weisblech, 2430 kg Zinkblech, 2130 kg Draht, 9000 kg Bruchglas, 4480 kg eiserne Träger, 800 m Weichenzug, 10 000 kg Unterlagsplatten, 2 Dampfmaschinen, 1 Bohrmaschine, 8 Dampfboiler, 1100 kg Weisblech.
b. brauchbare Materialien: 16 900 m Stahlschienen, 3200 m Eisenbahnen, 650 m Zwangschienen, 53 500 m eiserne Schwellen, 25 000 Stück Lochen, 90 000 Stück Unterlagsplatten, 3 Weichen, 27 verschiedene Brückenkonstruktionen etc. findet am **24. Februar 1909, vormittags 9 Uhr,** in dem Verwaltungsgebäude der Kaiserlichen Generaldirektion hier, Zimmer Nr. 19, statt. Die Frist für die Erfüllung des Vertrags läuft bis 1. März 1910. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Die maßgebenden Bedingungen liegen in den Stationsbüros zu Mühlhausen, Straßburg, Metz und Luxemburg zur Einsicht auf und können von der unterzeichneten Dienstabteilung gegen kostenfreie Einreichung von 2,50 M. für eine Ausfertigung bezogen werden. W. 985
Straßburg, den 28. Januar 1909.
Materialienbureau.

Sächsisch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1909 ist die Station **Hainsberg** der sächsischen Staatsbahnen in den Ausnahmestellen für 9 S für Schiffsbauern als Verladestation aufgenommen worden. Nähere Auskunft erteilen die Verladestationsstellen und das Verkehrs-bureau. W. 988
Karlsruhe, den 2. Februar 1909.
Gr. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.